



Inhaltsverzeichnis

17.06.2025	Dürener Zeitung: Streit um Grundstücke fürs Zwischenlager?	3
17.06.2025	epd Landesdienste: Info-Mobil zur Endlagersuche in Greifswald	4
17.06.2025	Ostsee-Zeitung: Sie verließ den Iran für ihre Freiheit: Greifswalderin entwickelt „Milliardenidee“	6

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Dürener Zeitung

Streit um Grundstücke fürs Zwischenlager?

17. Juni 2025 | Medienart: Print

Ankauf seitens des Bundes „weiter in der Prüfung“. Gespräche zwischen Bund und Land über die Castoren-Transporte sind geplant.

Jülich Beim Bundesforschungsministerium gibt man sich bei Presseanfragen zu den geplanten 152 Castor-Transporten leicht zugeknöpft: „Zwischen den beteiligten Bundes- und Landesressorts sind zu dem Thema Räumung des AVR-Behälterlagers Gespräche geplant, denen nicht vorgegriffen werden kann“, heißt es da. Deswegen könne man derzeit nur begrenzt Auskünfte zu dem Thema erteilen. Dabei gibt es mindestens einen Punkt, in dem Auskünfte wünschenswert wären.

Seit 2014 liegt für das bestehende Zwischenlager in Jülich eine Räumungsverfügung vor. Um die umzusetzen, gibt es aktuell noch zwei Optionen: den Transport der Castoren mit den radioaktiven Brennelemente-Kugeln des alten AVR-Versuchsreaktors nach Ahaus, oder den Neubau eines Zwischenlagers in Jülich. Weil der Transport nach Ahaus die günstigere und schneller umzusetzende Variante ist, wird diese Lösung von den zuständigen Bundesministerien präferiert, das Land setzt auf die Neubau-Variante. Für die bestehen aber Hürden. Sie setzt voraus, dass es eine neue Betriebsgenehmigung für das bestehende Zwischenlager in Jülich gibt und für den Neubau ein entsprechender Antrag von der **Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN)** gestellt wird.

Genau bei diesen beiden Punkten hatte die zuständige NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne) jüngst in einer Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Landtags in Düsseldorf deutliche Kritik geübt. So würde eine erneute Genehmigung des bestehenden Zwischenlagers mit immer neu gestellten Anforderungen verzögert, und gleichzeitig könne ein Genehmigungsantrag für den Neubau eines Zwischenlagers in Jülich auch deshalb nicht gestellt werden, weil das Bundesforschungsministerium die Gelder für den Ankauf des entsprechenden Grundstückes blockiert habe. Stimmt das?

„Die Frage des Erwerbs des sogenannten AVR-Grundstücks und dessen Finanzierung für ein neues Zwischenlager am Standort Jülich befindet sich weiterhin in der Prüfung“, antwortet eine Sprecherin des Bundesforschungsministeriums auf unsere Anfrage und verweist allerdings gleichzeitig – wie auch Neubaur zuvor – auf einen Beschluss des Haushaltsausschusses des Bundes, der die kostengünstigere Option favorisiert. Dass man kein Geld für eine Option ausgeben will, die möglicherweise gar nicht zum Zug kommt, ist aus Sicht des Bundes nachvollziehbar. Die Frage ist allerdings: Warum muss der Bund dafür überhaupt Geld ausgeben?

Genau betrachtet sind es zwei Grundstücke, die die **JEN** erwerben will. Beide gehören dem Land. Die eine

Fläche wird vom Bau- und Liegenschaftsbetreiber verwaltet, die andere von Wald und Holz NRW. Das bedeutet: Einerseits beklagt das zuständige NRW-Ministerium, dass der Bund kein Geld für den Ankauf der Flächen bereitstellen will und deswegen der vom Land politisch gewollte Neubau eines Zwischenlagers blockiert wird, auf der anderen Seite will man aber offenbar am Verkauf dieser Flächen Geld verdienen – immerhin müsste der Bund Mittel in Höhe von 70 Prozent bereitstellen.

Die Frage, welchen Wert die Grundstücke besitzen beziehungsweise für welche Summe sie angeboten werden, beantwortet das Bundesministerium – siehe oben – nicht. Dabei soll auch der Wert umstritten sein. So könnte man etwa ein Waldstück kostengünstig als Waldstück bewerten, oder aber den Preis nach oben treiben, wenn man von einer künftigen Gewerbefläche ausgeht. Bleibt also die Frage, warum das Land die Grundstücke nicht einfach kostenlos einbringt, um die Planung zu beschleunigen.

Ministerin Neubaur hatte ebenfalls Gespräche mit dem Bund angekündigt. Wann die stattfinden werden, ist noch unklar. Die Zeit drängt allerdings. Im Sommer soll über die Genehmigung der Castor-Transporte entschieden werden. Ordnet das zuständige Bundesamt den Sofortvollzug an, könnten die ersten Transporte noch im Herbst anrollen. Bleibt der Sofortvollzug aus, dürften sich Gerichte mit der Frage der Rechtmäßigkeit der Transporte beschäftigen. Das könnte Jahre dauern. Spätestens dann würde es sich rächen, die Option eines neuen Zwischenlagers in Jülich nicht schneller vorangetrieben zu haben.

Autor: von Burkhard Giesen

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 epd Landesdienste

Info-Mobil zur Endlagersuche in Greifswald

17. Juni 2025 | Medienart: Print

Greifswald (epd). Beim diesjährigen MV-Tag in Greifswald am 21. und 22. Juni wird sich auch das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) präsentieren. An einem Info-Mobil werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Gespräche zur Verfügung stehen, wie das Bundesamt am Montag mitteilte. Dabei gehe es unter anderem um die Fragen: Wie läuft die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle ab? Wie können sich Bürger beteiligen?

Aktuell sucht die Politik für die hochradioaktiven Abfälle ein dauerhaft sicheres Endlager in tiefen geologischen Schichten. Die Ausstellung vermittele einen schnellen Überblick über das Suchverfahren und wie sich Bürgerinnen und Bürger daran beteiligen können, hieß es.

Die Suche nach einem Endlager für die hochradioaktiven Abfälle steuert BASE-Angaben zufolge auf einen wichtigen Meilenstein zu: Bis Ende 2027 werde sich die Fläche der betrachteten Gebiete schrittweise deutlich verringern. Sei 2020 noch über die Hälfte des Bundesgebietes grundsätzlich infrage gekommen, werde sich die Suche in knapp drei Jahren auf eine geringe Anzahl sogenannter Standortregionen konzentrieren, die weiter untersucht werden sollen.

Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung

Sie verließ den Iran für ihre Freiheit: Greifswalderin entwickelt „Milliardenidee“

17. Juni 2025 | Medienart: Print

Zahra Nasri ist die Chef-Wissenschaftlerin einer Firma, die gerade zu Europas bestem Start-up gekürt wurde. Um ihren Traum in der Wissenschaft leben zu können, zog sie aus dem Iran fort - und fand in Greifswald ihr Glück. Jetzt bangt sie um ihre Familie.

Die Nähe zur Ostsee, die wunderschöne Altstadt - all das mag auch Zahra Nasri. Was für sie aber das Allerschönste an Greifswald ist: „Hier werde ich nach meinen Fähigkeiten beurteilt - und nicht aufgrund meines Geschlechts oder meiner Herkunft. Hier kann ich frei sein.“ Und sicher.

Das war in ihrer alten Heimat anders. Die 41-Jährige stammt ursprünglich aus der iranischen Millionenstadt Isfahan. Nasri hat in ihrer alten Heimat Chemie studiert und promoviert. Doch im Mullah-Regime gelten Frauen bis heute nicht als gleichwertig, geschweige denn gleichberechtigt.

Vor elf Jahren ging Zahra Nasri deshalb weg. Nach Greifswald. Hier ist sie mittlerweile Chef-Wissenschaftlerin eines Start-ups, das vor wenigen Wochen zum besten neuen Unternehmen Europas gekürt wurde und sich anschickt, die Produktion von Wasserstoff zu revolutionieren.

In ihrer alten Heimat Isfahan befindet sich eine der Atomanlagen, die Israel seit Tagen immer wieder angreift. Zahra Nasri verfolgt die Nachrichten. Sie hat noch Freunde und Verwandte im Iran. „Ich wünsche mir einfach Frieden - für alle Menschen auf der Welt.“

In Greifswald zu leben - es fühlt sie jetzt gerade aber noch ein Stück „richtiger“ an. „Ich wollte schon immer mehr. Einen Beitrag zu etwas Bedeutendem leisten. Wissenschaft betreiben, die einen Nutzen für die Gesellschaft hat und von echtem Wert ist“, sagt die Chemikerin mit den langen dunklen Haaren und dem gewinnenden Lächeln.

In der „alten“ Heimat war das nicht möglich. Egal wie gut sie in ihrem Fach auch sein würde - sie ist eine Frau. Und das ist für den Werdegang im Iran entscheidender als Leistung. Nach der Promotion schmiedet Zahra Pläne, das Land zu verlassen. Und sie entscheidet sich für Deutschland.

Sie hat ein Bild von der neuen Heimat, das so gar nicht zu dem vielen Gejammer in der Republik passt: „Deutschland ist auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technologie immer noch führend - in der Chemie, der Physik, der Materialforschung.“

Sie entscheidet sich für Greifswald - weil die Hansestadt zwar klein ist, aber in der Wissenschaftswelt enormes Renommee besitzt. Zum Beispiel das Leibniz-Institut für Plasmaforschung. Dort „heuert“ Zahra

Nasri 2014 an. „Es war der richtige Ort für mich. Hier konnte ich wachsen.“

Der Ukraine-Krieg ändert auch für die Wissenschaftlerin alles: Deutschland droht eine Energiekrise, im Schnellverfahren will sich Europa aus der fossilen Abhängigkeit von Russland befreien und sich mit erneuerbaren Energien selbst versorgen. Wasserstoff ist das Thema der Stunde.

Auch in Greifswald, bei Arne Birth und Gustav Sievers. Sie forschen mit ihrer Firma „elementarhy“, einer Ausgründung des Leibniz-Instituts, daran, das wertvolle Gas günstiger zu erzeugen zu können und holen die Chemikerin mit ins Boot.

Die ist sofort begeistert: „Der Klimawandel ist die Herausforderung unserer Zeit. Und Wasserstoff kann die Lösung sein - für saubere, sichere und bezahlbare Energie.“

Das Problem, das Zahra Nasri und ihre Kollegen lösen: „Für Elektrolyseure braucht man Iridium.“ Das silberweiße Edelmetall ist allerdings knapper und deshalb teurer als Gold und Platin. Fast 114 Euro kostet ein einziges Gramm. Für Elektrolyseure, wie sie derzeit etwa in **Lubmin** und Rostock geplant werden, wird pro Anlage Iridium im Wert von mehreren Millionen Euro benötigt. Und das macht auch die Wasserstoffproduktion (noch) teuer.

Das Team bei „elementarhy“ hat nun mit Plasma-Technologie eine sogenannte Membran-Elektroden-Einheit (MEA) entwickelt, die 95 Prozent weniger Iridium benötigt. „Zentrale Komponenten eines Elektrolyseurs lassen sich mit unserer Technologie fast ein Viertel günstiger herstellen“, sagt die Chemikerin stolz.

Die Testphase läuft noch, aber die Großen der Energiebranche stehen Schlange. Eine Milliardenidee „made in Greifswald“. Namen darf Nasri nicht nennen. Aber weltweit agierende Konzerne, wie Siemens Energy, sollen zu den Kandidaten gehören, die sich das Patent sichern wollen.

2024 gewann „elementarhy“ bereits den Leibniz-Start-up-Preis, 2025 folgte nun die Auszeichnung als „Europas Start-up 2025“. Hauptsitz der Firma ist Hamburg: „Dort sitzen die wichtigen Unternehmen der Wasserstoffbranche“, sagt Nasri. Forschung und Entwicklung aber laufen in Greifswald.

„Wir werden die Wasserstoffindustrie umkrempeln“, sagt die Wissenschaftlerin. Es macht sie glücklich. Das ist zu hören, zu sehen, zu spüren.

Die junge Iranerin spricht im Beruf Englisch, zu Hause Persisch, mit Freunden Deutsch. Sie hat ihr Glück in Greifswald gefunden. Nicht nur beruflich: Sie ist verheiratet, hat eine achtjährige Tochter. Dass die in einer Stadt, in einem Land aufwachsen darf, in der ihre Fähigkeiten mehr zählen als ihr Geschlecht - Zahra Nasri empfindet es als Geschenk.

„Wir haben hier tolle Freunde gefunden, mit denen wir gerne zusammen kochen. Greifswald ist herrlich international. Wir fahren gerne ans Meer und besuchen andere Städte im Land.“ Und, das Beste: „Wenn Du hier hart arbeitest, kannst Du Teil von etwas Bedeutendem werden.“ Sie lächelt. So sieht Glück aus.